



Innen- und Rechtsausschuss
Die Vorsitzende

Kiel, 11. Februar 2021
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 107. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 10. Februar 2021, 14:00 Uhr
als Videokonferenz

Beginn: 14:00 Uhr

1. **Kommunale Verfassungsbeschwerde der Kreise Dithmarschen, Plön und Schleswig-Flensburg vor dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht (Az. LVerfG 1/21)**

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 5. Januar 2021

[Umdruck 19/5124](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt. Der Ausschuss kam überein, dem Februar-Plenum hierzu eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

2. **Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der Bedarfsanalyse des ambulanten und stationären Hilfesystems für gewaltbetroffene Frauen in Schleswig-Holstein und mögliche Auswirkungen auf den Haushaltsentwurf 2021**

Antrag des Abg. Thomas Rother (SPD)

[Umdruck 19/5135](#)

Innenministerin Dr. Sütterlin-Waack berichtete, eine kurze Aussprache schloss sich an.

3. **Bericht der Landesregierung zu den Geschehnissen am Donnerstag, den 21. Januar 2021, gegen 20 Uhr, im Kreis Rendsburg-Eckernförde**

Antrag des Abg. Thomas Rother (SPD)

[Umdruck 19/5279](#)

Staatssekretär Geerds berichtete, eine kurze Aussprache schloss sich an.

4. Öffentliches Zeigen von Reichskriegsflaggen unterbinden

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2490](#) (neu)

Reichskriegsflaggen als Symbole verfassungsfeindlicher Demonstrationen unterbinden

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/2535](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung polizei- und ordnungsrechtlicher Vorschriften im Landesverwaltungsgesetz (LVwGPORÄndG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2118](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/4576](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/5195](#)

Der Ausschuss kam überein, in der Sitzung am 17. Februar 2021 (Videositzung) inhaltlich zu dem Gesetzentwurf, den vorliegenden Änderungsanträgen sowie einem weiteren, noch nicht vorliegenden Änderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen zu beraten. Die Beschlussfassung soll in einer Präsenzsitzung am Rande des Februar-Plenums stattfinden, um dem Landtag zum Februar-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

6. a) Perspektiven für Galeria Karstadt Kaufhof entwickeln

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2333](#)

b) Trendwende für die Innenstädte

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2344](#)

Der Ausschuss wird in seiner Sitzung am Rande des Plenums (24. Februar) das weitere Verfahren beschließen; beantragt wurde einerseits die Durchführung einer mündlichen Anhörung zu beiden Anträgen sowie andererseits Abstimmung in der Sache zu a) und die Durchführung einer mündlichen Anhörung lediglich zu b).

7. Neue Richtlinie über die Verwahrung von Fundtieren für Schleswig-Holstein erlassen

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2610](#) (neu)

Das Innenministerium berichtete kurz zum Sachstand. Der Ausschuss kam überein, am 24. Februar 2021 die Beratung abzuschließen.

8. Gesetz zur Einrichtung einer Clearingstelle Windenergie

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2342](#) (neu) - 2. Fassung

Der Ausschuss nahm in Aussicht, die Beratung in der Sitzung am 24. Februar 2021 abzuschließen und dem Landtag eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

9. Verschiedenes

Auf Antrag des Abg. Brockmann nahm der Ausschuss in Aussicht, zum Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung (betr. Einführung eines Notausschusses, [Drucksache 19/2558](#)) dem Landtag zum Februar-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

Nächste Sitzungen:

17. Februar (Videositzung), 14.00 Uhr, u. a. Bericht durch die Staatskanzlei zum neuen NDR-Staatsvertrag ([Unterrichtung 19/278](#))

24. Februar (Präsenzsitzung, voraussichtlich in der Plenar-Mittagspause, ca. 13 Uhr)

3. März (Präsenzsitzung, voraussichtlich 14.00 Uhr), Anhörung zum Glücksspielstaatsvertrag ([Drucksache 19/2593](#))

Schluss: 15:00 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka